

Zu diesem Heft

Wohl noch nie in der über hundertjährigen Geschichte der deutschen Gewerkschaften war deutlicher als heute, an der Neige des Jahrhunderts, daß altgewohnte oder fortgeschriebene Programmatik weder zur Erklärung der Gegenwart noch zur Gewinnung der Zukunft ausreicht. Es geht sicher nicht darum, die hehren Prinzipien - Freiheit, Gleichheit, Solidarität - zugunsten modischer Beliebigkeiten zu opfern, zumal sie vielfach nötiger denn je zu sein scheinen. Aber der Fall des Sozialismus in seiner sowjetischen Spielart kann ebenso wenig ohne Folgen auf gewerkschaftliche Programmatik bleiben wie andere „epochale“ Umwälzungsprozesse, die die Welt verändern: der fortgesetzte Raubbau an den natürlichen Lebensgrundlagen; die rapide wachsende Weltbevölkerung und, daraus resultierend, die Verelendung ganzer Regionen und Wanderungsbewegungen; der tiefgreifende Wandel von Arbeit und von tradierten menschlichen Beziehungsstrukturen in der industrialisierten Welt.

Sich angesichts solcher Umwälzungen ein neues Programm geben zu wollen, ist ein riskantes Unterfangen. Der DGB hat beschlossen, es zu versuchen; 1996 soll ein außerordentlicher DGB-Kongreß das neue Grundsatzprogramm beschließen.

Der Diskussionsprozeß dazu hat begonnen, Leitfragen sind formuliert. Neben den internen Beratungen wird es eine Reihe von Werkstattgesprächen geben, die die Debatte öffnen und ihr notwendige Impulse von außen geben sollen. Diese Gespräche werden wir dokumentieren.

Das erste Werkstattgespräch, dem dieses Heft gewidmet ist, galt dem Thema „Wege zur sozialen Einheit“. Das zweite wird im Juni 1993 die Thematik „Sozialer Wandel und Sozialstaat“ behandeln.

Heinz-Werner Meyer, der Vorsitzende des DGB, hat bei der Eröffnung des ersten Werkstattgesprächs gesagt, daß „der Kern der Reform des DGB und seiner Gewerkschaften (...) nicht im Umbau der Strukturen“ liege, sondern in der „Entwicklung einer zukunftsweisenden Politik.“ Und erfuhr fort: „Die Bestandsaufnahme und Weiterentwicklung unserer Politik, ihre Aufgaben, ihre Ziele und ihre Botschaften entscheiden darüber, ob der DGB die Zukunft im Interesse unserer Mitglieder wie unseres demokratischen Gemeinwesens gestalten kann.“
Die Redaktion